

Klaus-Rainer Kalk
Landesbeauftragter für den
Datenschutz Sachsen-Anhalt
(Data Protection Commissioner Saxony-Anhalt, Germany)
Joint Supervisory Body of Europol

**Grundlagen der polizeilichen Arbeit in einem
europäischen Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts
(area of freedom, security and justice)**

(Rede für die Wissenschaftliche Konferenz in Budapest am 01. Dezember 2004)

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,
liebe Kollegen, meine sehr geehrten Damen und Herren,

vielen Dank für die erneute Einladung, hier zu Ihnen zu sprechen. Leider habe ich im vergangenen Jahr noch immer kein Ungarisch gelernt und muss deshalb wieder meine Rede in Englisch halten.

Vor einem Jahr hatte ich bereits die Ehre, bei der Konferenz hier in Budapest einige Schwerpunkte aus der Arbeit des Europäischen Polizeiamtes (Europol) vorzustellen. Einbezogen hatte ich damals bereits die besonderen Schwierigkeiten für die polizeiliche Arbeit in der täglichen Balance zwischen der persönlichen Freiheit der Bürger einerseits und der Sicherheit aller Bürger in einer europäischen Staatenunion andererseits.

Nun, ich glaube, ich brauche Ihnen als ungarischen Bürgern nicht zu erklären, weshalb wir die Freiheit alle so brauchen und weshalb wir sie alle so lieben - aber was machen wir mit der Sicherheit? Und wie geht es Ihnen ganz persönlich als ungarische Bürger heute und als Polizeibeamte in einer europäischen Union?

Ich weiß natürlich nicht, wie sich die Arbeit und vor allem die rechtlichen Grundlagen für die ungarische Polizei in den letzten Jahren verändert haben, aber lassen Sie mich raten:

Ist es so ähnlich wie bei dem Kettenkarussell auf dem Jahrmarkt, in dem wir alle als Kinder so gerne mitgefahren sind? Sie erinnern sich sicher noch genau:

Erst dreht es sich ganz langsam, man sieht noch genau, was um einen herum passiert, und wer da vorne vor dem Karussell steht - aber plötzlich dreht sich das Karussell immer

...

schneller, Personen und Umgebung werden immer schemenhafter, im Kopf wird es langsam schwindlig, die eigenen Füße, mit denen man am Anfang noch auf dem Karussellboden mitlaufen konnte, heben ab, fliegen mit Ihnen in die Höhe. Aussteigen können Sie nicht mehr - alle Konzentration richtet sich nun nur noch auf das Festhalten am Sitz und dann auf die vage Hoffnung, das Karussellgestell werde feststehen, und irgendwann werde sich das Karussell wieder langsamer drehen, man werde wieder festen Boden unter die Füße bekommen. Und dann - ganz vorsichtig - wird man etwas wacklig aus dem Sitz steigen und Kurs auf die guten Freunde nehmen, die da unten stehen und warten. Was können wir daraus lernen: Die schnelle Fahrt in die Freiheit braucht feste Haltepunkte und gute Freunde, bei denen man sich wieder erholen kann.

Feste Haltepunkte bei der polizeilichen Arbeit in der europäischen Union, gibt es sie und wie sehen sie aus?

Ja, es sind die gemeinsamen Grundüberzeugungen einer demokratischen Staatsform, die selbstbestimmte und die selbstbewusste Freiheit der Staatsbürger und ihr Schutz und ihre Sicherheit (in dieser Reihenfolge) in einem Rechtsstaat. Damit der Rechtsstaat Schutz und Sicherheit gewährleisten kann, erhält er vom Staatsvolk das alleinige Gewaltmonopol. Uns europäischen Bürgern aber kommt die Aufgabe zu, entweder direkt oder über unsere Parlamente zu bestimmen, wie eng oder wie weit die Mittel der staatlichen Gewalt sein sollen. Nicht der Staat sagt uns, welche Rechte wir haben, sondern wir Bürger geben dem Staat die Rechte, die er braucht. Einzelheiten der weiteren Kontrolle über die Beachtung dieser Maßstäbe obliegen dann den unabhängigen Gerichten.

Viele dieser Grundlagen und eine Charta der Grundrechte finden wir jetzt in der neuen Verfassung für Europa.

Aber was tun wir mit diesen hohen Idealen in unserer täglichen Arbeit. Die Schwierigkeiten, meine Damen und Herren, liebe Kollegen, eines Polizeibeamten im vereinten Europa bestehen doch bei der täglichen Aufgabenerledigung darin, dass er einerseits das Recht seines Heimatlandes anwenden und gleichzeitig die übergeordneten europäischen Grundsätze im Blick haben muss. Im Idealfall sollten beide übereinstimmen, aber wann wird das so sein? Wenn ich jetzt von europäischen Grundsätzen spreche, so meine ich damit insbesondere die Europäische Menschenrechtskonvention, aber auch the principles of the Council

of Europe Convention for the Protection of Individuals No. 108 of 28 January 1981 and the Recommendation No. R(87)15 Council of Europe/Committee of ministers regulating the use of personal data in the police sector.

Ich weiß aus persönlicher Erfahrung, wie schwer es ist und wie viel Zeit und Mühe es kostet, bis man sich auf den neuen ungewohnten Rechtsgebieten einigermaßen sicher fühlt - ich war nicht immer nur ein Data Protection Commissioner, sondern habe selbst viele Jahre in leitender Funktion in Polizeibehörden gearbeitet und unterrichtet.

Leider haben wir in der Europäischen Union bis heute noch keine einheitlichen Straftatbestände und kein einheitliches Strafverfahrensrecht. Es gibt erste Lichtblicke: Seit kurzem gibt es in der Europäischen Union einen verbindlichen Haftbefehl, aber noch immer wird der Handel mit Drogen in den Niederlanden anders behandelt als in Großbritannien und ein Betrug nach dem deutschen Strafrecht wird in Frankreich oft als Zivildelikt behandelt. Dennoch, es gibt schon heute verbindliche Grundsätze, die für den dänischen Polizisten genauso gelten wie für den spanischen oder den ungarischen:

- die Pflicht, alle Staatsbürger der europäischen Mitgliedsstaaten gleich zu behandeln,
- das Verbot willkürlicher Eingriffe in Freiheits- und Grundrechte der EU-Bürger ohne eine vorher festgelegte klare gesetzliche Grundlage,
- ein Verbot der Verfolgung aus politischen, religiösen oder rassistischen Gründen,
- ein Verbot der Folter oder unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung der Bürger.

Lassen Sie mich hier kurz anhalten und daran erinnern, dass es in Deutschland seit wenigen Tagen einen Aufsehen erregenden Prozess gegen einen leitenden Polizeibeamten aus Frankfurt am Main gibt, der sich vor einem Strafgericht dafür verantworten muss, weil er dem Entführer eines Kindes schwere Schmerzen angedroht hat, wenn er nicht unverzüglich dessen Aufenthaltsort bekannt gibt - War das richtig oder besser, entspricht dies unseren europäischen Grundsätzen?

Weitere gemeinsame Grundsätze sind

- ein Übermaßverbot bei der Durchsetzung jeder staatlichen Gewalt (die Verhältnismäßigkeit),
- ein Gebot zu transparentem staatlichen Handeln - dazu gehören das im Regelfall offene Auftreten der Polizei gegenüber den Bürgern, Dokumentationspflichten für die gerichtliche Kontrolle und Auskunftsrechte des Bürgers über die gegen ihn erhobenen Vorwürfe,
- die Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit,
- das Recht, in kurzer Zeit vor einen unabhängigen Richter geführt zu werden und
- ganz neu in der Europäischen Verfassung -
- der Schutz personenbezogener Daten eines Menschen. Dazu gehört die Beachtung des Erforderlichkeitsprinzips bei der Erhebung und Verarbeitung der Daten, Zurückhaltung bei ihrer Übermittlung, vor allem an Staaten außerhalb der Europäischen Union, die Zweckbindung der Daten an die gesetzliche Grundlage, die Pflicht zur Korrektur falscher Daten und die zeitliche Begrenzung ihrer Aufbewahrung in staatlichen Unterlagen und Dateien.

Wer diese überschaubaren Punkte bei seiner täglichen Arbeit beachtet, der bewegt sich schnell wieder auf festem, sicheren Boden. Den sicheren Boden brauchen auch Sie alle hier in Ungarn, denn Sie bewachen und bewahren jetzt ein Teil der Grenzen dieser Europäischen Union. Und es fehlt nicht an täglich neuen schwerwiegenden Problemen. Eines kennen wir alle: die ständige Hervorhebung der Bedrohung durch den Terrorismus. Aber bis heute ist man sich in Europa in der Rechtspolitik nicht einig, wer denn nun eigentlich ein Terrorist ist. Immerhin aber hat die EU in einem gemeinsamen Standpunkt 2003 festgelegt, was terroristische Handlungen sind.

Meine Damen und Herren, werte Kollegen, ich habe von einigen Fixpunkten der gemeinsamen europäischen Polizeiarbeit gesprochen und Ihnen die vielleicht wichtigsten kurz aufgezählt. Aber in meinem kleinen Beispiel mit dem Karussell habe ich auch die Freunde erwähnt, die einen nach der ersten wilden Fahrt in die Freiheit wieder auffangen und stabilisieren können. Wir hier als Besucher aus den älteren europäischen Mitgliedsstaaten bieten

gerne unsere Beratung und unsere Hilfe an, und wir fühlen uns verpflichtet, all Ihre Fragen und insbesondere Ihre Kritik an unseren Grundsätzen ernst zu nehmen. Machen Sie davon Gebrauch, wann immer es geht.

Vielleicht darf auch ich Ihnen einen Rat mit auf den Weg geben:

Glauben Sie nie Politikern, die Ihnen erzählen wollen, es gäbe heute ganz einfache Mittel, die Bedrohungen für die Bürger und den Staat abzuwehren:

Man müsse dazu nur ein bisschen die Freiheit der Bürger einschränken und ihre Rechte etwas verkürzen und die auf dem Markt befindlichen technischen Möglichkeiten optimal nutzen - dann habe man die Lage schnell wieder im Griff. Leider ist es nicht so simpel. Und dennoch versuchen das Politiker in vielen europäischen Mitgliedsstaaten - denken Sie beispielsweise an den Redebeitrag des Britischen Premierministers Tony Blair in seiner Regierungserklärung zur Sicherheitspolitik, den er gerade vor wenigen Tagen durch die englische Königin hat verlesen lassen.

Ein weiterer Modebegriff aus der modernen Sicherheitspolitik und als wahre Wunderwaffe bezeichnet, ist die Erfassung der biometrischen Daten aller europäischen Bürger.

Meine Damen und Herren, diejenigen, die Ihnen das erzählen, sind nicht selten die selben Leute, die Ihnen seit 15 Jahre erzählen, man müsse als Polizist nur ganz viele Daten der Bürger vorne in einen Computer hineinstecken und dann kämen ganz schnell und ganz von alleine hinten beim Drucker die Straftäter heraus. Wir alle wissen, dass dies - vorsichtig ausgedrückt - ein grober Unsinn ist. Das uns allen bekannte schlechte Beispiel der Amerikaner und ihr neuer Umgang mit den Flugpassagierdaten ist keine gute Empfehlung.

Aber wir wissen auch, heute, 25 Jahre nach dem Erscheinen von George Orwells Roman "1984", dass wir nicht als Bürger in einem oder in vielen kleinen europäischen Überwachungsstaaten leben wollen. Das sollten wir unseren Politikern auch deutlich sagen, dann können wir der gemeinsamen europäischen Zukunft ins Auge sehen.

Wie sagt es der berühmte ungarische Literat Antal Szerb in seinem 1937 erschienenen wohl bedeutensten Roman "Utas és holdvilág" (Reise im Mondlicht) im letzten Satz:

"Und solange man lebt, weiß man nicht, was noch geschehen kann."

Vielen Dank, dass Sie mir solange zugehört haben.